

Pressemitteilung

Stellungnahme der UWG-IFI zur geplanten weiteren Fusion der Kreissparkasse Steinfurt mit der Kreissparkasse Westmünsterland

Nachdem die Fusion der Verbund-Sparkasse Emsdetten-Ochtrup mit der Kreissparkasse Steinfurt -KrSpSt- rechtlich und faktisch vollzogen ist, kündigen Pressemitteilungen und eine Stellungnahme des Landrates an, dass sich der Verwaltungsrat mehrheitlich dafür entschieden hat, in naher Zukunft eine weitere Fusion der KrSpSt, und zwar dieses Mal mit der Kreissparkasse West Münsterland einzugehen.

Diese Bank in ihrem neuen Zuschnitt würde dann auch die politischen Landkreise Coesfeld und Borken sowie den Kreis Steinfurt umfassen.

Bei Umsetzung dieses Planes würde die flächenmäßig größte Sparkasse Deutschlands entstehen. Diese Pläne werden auch im Bereich der Sparkassenorganisation äußerst kritisch beurteilt. Insbesondere wird die fehlende Offenheit des Prozesses gerügt. Es bedarf keiner Betonung, dass der räumliche Bezug der so geplanten Mega-Sparkasse dadurch verloren gehen würde.

UWG-IFI wendet sich strikt gegen diesen grundlosen Gigantismus und gegen diese Fusion, auch wenn sämtliche Bürgermeister erstaunlicherweise dafür sein sollen.

Der räumliche Wirkungsbereich der KrSpSt muss auf den Kreis Steinfurt beschränkt bleiben. Der persönliche Bezug zu den Anliegen der Bürger, seien es Arbeitnehmer, Nichterwerbstätige, Rentner, Schüler, Auszubildende und Unternehmer darf nicht verloren gehen. Die KrSpSt in ihrer jetzigen Größe ist durchaus in der Lage, das Kreisgebiet geldlich optimal zu versorgen und hierbei die Bedürfnisse der Kunden vor Ort zu bedienen.

UWG IFI wendet sich strikt dagegen, dass nur nach dem Willen der Führung der KrSpSt ohne öffentliche Diskussion eine Einheit entsteht, die kein Bürger des Kreises Steinfurt benötigt und nur für die Führungspersönlichkeiten der KrSpSt finanziell mehr als vorteilhaft wäre.

Die Kreissparkasse gehört über die Gewährträgerhaftung UNS allen. Aus diesem Grunde ist die Geheimhaltung mehr als schädlich und ärgerlich. UWG IFI fordert deshalb eine ausführliche öffentliche Diskussion über die Aspekte der geplanten Fusion, wobei auch wichtige örtliche Belange zwingend zu berücksichtigen sind. Die KrSpSt würde ihren bestimmenden Einfluss vor Ort verlieren und nur noch eine Minderheitenposition von rund 34% in diesem Verbund innehaben.

UWG-IFI fordert deshalb jegliche Schritte zum Vollzug der neuerlichen Fusion einzustellen. Neuerliche Schritte wären allenfalls unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu konzipieren. Auch stellen sich folgende Fragen: Was wäre nach einer Fusion mit dem Hauptstandort Ibbenbüren und was mit den Arbeitsplätzen vor ORT? Wie viele Mitarbeiter wären dann insgesamt überflüssig?

Hans-Peter Scheuer
UWG IFI Vorsitzender